

DOMBERT RECHTSANWÄLTE Part mbB
Campus Jungfernssee | Konrad-Zuse-Ring 12A | 14469 Potsdam

Amt Brück
Herrn Lars Nissen
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

nur per E-Mail: L.nissen@amt-brueck.de

Potsdam, den 24.07.2024
10008256965v1
Bearbeiter:
Franziska Wilke
Sekretariat:
Katja Wegener-Hermann
bert.de

AZ **457/24** FW/kw
Telefon: 0331/620 42-861
Telefax: 0331/620 42-71
E-Mail:
katja.wegener-hermann@dombert.de

Amt Brück
Beratung Elternbeitragssatzung, Einkommensbegriff, § 9 der Elternbeitragssatzung
LK Potsdam-Mittelmark Rundschreiben vom 01.07 2024
(Wunsch- und Wahlrecht)

Sehr geehrter Herr Nissen,

ich komme zurück auf die oben bezeichneten Angelegenheiten und danke Ihnen zunächst vielmals für Ihre Geduld.

I. Zu § 9 der Elternbeitragssatzung

1. Anliegend **übersende** ich Ihnen einen Formulierungsvorschlag für eine Neufassung des § 9 der Elternbeitragssatzung. Der Formulierungsvorschlag berücksichtigt die derzeit geltende Fassung des Einkommensbegriffs nach § 2a KitaG. Ich bitte insoweit zu beachten, dass § 2a KitaG in seiner aktuellen Fassung im Zuge des sog. „Brandenburg-Pakets“ eingeführt wurde, wel-

Standort Potsdam
Campus Jungfernssee
Konrad-Zuse-Ring 12A | 14469 Potsdam
Tel. 0331 62042-70 | Fax 0331 62042-71
potsdam@dombert.de

Standort Düsseldorf
Design Office Fürst & Friedrich
Fürstenwall 172 | 40217 Düsseldorf
Tel. 0211 159239-0 | Fax 0211 159239-29
duesseldorf@dombert.de

Bankverbindung
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BIC WELADED1PMB
Praxiskonto: IBAN DE20 1605 0000 3503 0130 90
Fremdgeldkonto: IBAN DE61 1605 0000 1000 8433 23

POTSDAM

Partner i.S.d. PartGG

Prof. Dr. Matthias Dombert
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Janko Geßner
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Prof. Dr. Klaus Herrmann
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Dr. Jan Thiele
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Dr. Dominik Lück
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Dr. Beate Schulte zu Sodingen

Dr. Maximilian Dombert
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Angestellte Rechtsanwälte

Madeleine Riemer
Fachanwältin für Vergaberecht

Dr. Janett Wölckerling, M.mel. | counsel

Franziska Wilke

Josefine Wilke

Izabela Bochno

Philipp Buslowicz, LL.M.
Fachanwalt für Vergaberecht

Tobias Schröter

Mareike Thiele

Kristina Gottschalk, LL.M.oec.

Sophia von Hodenberg

Dr. Stephan Berndt

Charlotte Blech, LL.M. (UCLA)

Natalie Carstens

Zeynep Kenar

Michael Liesegang

Patricia Kohls

Judith Affeldt

Anuschka Siegers

Tatjana Schmidt, LL.M. (Berkeley)

in Zusammenarbeit mit

Dr. Margarete Mühl-Jäckel
LL.M. (Harvard) | of counsel

Ulf Domgörgen

of counsel

Prof. Dr. Klaus Günther-Dieng
of counsel

DÜSSELDORF

Partner i.S.d. PartGG

Tobias Roß

Angestellte Rechtsanwälte

Kristina Dörnenburg
Fachanwältin für Verwaltungsrecht

Moritz Zimmermann, LL.M.

Partnerschaftsgesellschaft mit
beschränkter Berufshaftung
AG Potsdam PR 119

ches zum 31.12.2024 ausläuft. Ob der in § 2a KitaG definierte Einkommensbegriff auch über den 31.12.2024 hinaus Wirkung entfaltet oder das Kita-Gesetz bis dahin erneut novelliert wird, ist derzeit nicht absehbar. Es kann somit sein, dass zum Jahreswechsel abermals eine Neuregelung des Einkommensbegriffs erforderlich wird.

2. Ferner erlaube ich mir folgende Hinweise zu empfehlenswerten Änderungen über § 9 der Satzung hinaus, da diese ebenfalls in einen Zusammenhang zur Definition des Einkommensbegriffs stehen. Ich bitte jedoch zu beachten, dass ich absprachegemäß keine vollständige Überprüfung des Satzungstextes vorgenommen habe.
 - a) § 7 Abs. 1 Z. 4 der Satzung: Dem Wortlaut des § 17 Abs. 2 S. 1 KitaG nach ist das Alter kein Bemessungskriterium für den Elternbeitrag. In der Rechtsprechung ist dagegen eine Differenzierung nach Betreuungsart (Krippe, Kita, Hort) anerkannt. Dieses Kriterium unterscheidet mittelbar ebenfalls nach dem Alter der Kinder. Ich empfehle insoweit eine Änderung des Kriteriums Alter hin zu Betreuungsart.
 - b) § 7 Abs. 4 der Satzung: Im Hinblick auf § 2a Abs. 4 S. 3 und 4 KitaG ist in der Satzung zu ergänzen, dass im Fall des Wechselmodells die zunächst getrennt ermittelten Einkommen dann zu addieren sind und das Elterneinkommen für die Beitragsbemessung bilden.
 - c) § 8 Abs. 3 und 4 der Satzung: Anstelle der konkreten Bezugnahme zu Beitragsbefreiungstatbeständen im KitaG empfehle ich einen pauschalen Verweis dahingehend, dass gesetzliche Beitragsbefreiungstatbestände von der Elternbeitragsatzung unberührt bleiben. Dadurch vermeiden Sie Anpassungsbedarf im Fall von Gesetzes-Änderungen.